

Zusammenfassung

Hintergrund: In Deutschland sollen die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80-95% gegenüber 1990 verringert werden. Diese Zielsetzung hat die Bundesregierung zuletzt im Klimaschutzplan 2050 bekräftigt und um ein Minderungsziel für 2030 – minus 55% gegenüber 1990 – ergänzt. Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 für 2030 auch nationale Zwischenziele für einzelne Sektoren festgelegt, so auch für die Energiewirtschaft mit minus 61-62%. Damit reguliert sie die CO₂-Emissionen der Sektoren Energiewirtschaft und Industrie zusätzlich auf nationaler Ebene, obwohl mit dem europäischen Emissionshandel (EU-ETS), bereits ein europäisches, marktwirtschaftliches und technologieoffenes Instrument existiert, das den CO₂-Ausstoß dieser Sektoren auf EU-Ebene verbindlich, zielgenau und kostenoptimal bis 2030 um 43% gegenüber 2005 reduziert und damit auch zu einer CO₂-Minderung in Deutschland führt.

Bereits ohne nationale Sektorziele steigen die Kosten durch Klimaschutz: Bereits durch die im März 2018 beschlossene Reform des europäischen Emissionshandels, in deren Rahmen das Angebot an CO₂-Emissionsrechten vermindert wurde, werden sich die Kosten für die Stromversorgung erhöhen – mit entsprechenden Wirkungen auf die Verbraucher und insbesondere die energieintensive Industrie. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, das sinkende Angebot an Emissionsberechtigungen im EU-ETS und die nach den Revierplänen auslaufenden Kohlevorräte der Tagebaue werden spätestens in den 30er und 40er Jahren dazu führen, dass die Braunkohlekraftwerke nach und nach aus dem Markt ausscheiden. Schon im Rahmen dieses Prozesses werden die Strompreise steigen und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft zurückgehen. Dieser grundlegende Strukturwandel, insbesondere in den Braunkohleregionen, braucht Zeit und ist langfristig angelegt.

Untersuchungsgegenstand der Studie: Die Studie zeigt die Folgen des im Klimaschutzplan 2050 festgelegten und im Koalitionsvertrag bestätigten nationalen 2030-Sektorziels für die Energiewirtschaft. Als Vergleichsmaßstab wird dabei die Situation vor Einführung des Sektorziels, also eine reine Fortführung des Emissionshandels ohne zusätzliche Maßnahmen, herangezogen. Dabei werden die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des aus dem Sektorziel 2030 resultierenden beschleunigten Rückgangs der Braunkohleverstromung für die Volkswirtschaft und den Strukturwandel abgeschätzt. Mögliche Auswirkungen disruptiver Effekte wie Strukturbrüche und Versorgungsengpässe sind nicht Gegenstand der Untersuchung, würden die Folgewirkungen aber deutlich verschärfen.

Methodischer Ansatz: Die vorliegende Studie zeigt die Effekte eines beschleunigten Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung, also den Unterschied zwischen einer staatlich verordneten Kraftwerksschließung (Szenario Klimaschutzplan, kurz „KSP“) und des durch die ursprünglichen Parameter der Energiewende erwarteten Pfades (Szenario Europäischer Emissionshandel, kurz „EU-ETS“). Dabei werden nicht nur die Effekte auf die Energiewirtschaft und die Braunkohle selbst, sondern auch die Konsequenzen für die Reviere betrachtet. Quan-

tifiziert werden insbesondere die Auswirkungen in der Braunkohlewirtschaft und die Rückwirkungen auf die Beschäftigung. Die Auswirkungen auf die Wertschöpfung in anderen Sektoren, wie z.B. der (energieintensiven) Industrie, werden im Rahmen der vorliegenden Studie qualitativ erläutert.

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

Das nationale Klimaschutzziel 2030 führt zu zusätzlichen Kosten: Der beschleunigte Rückgang der Kohleverstromung im KSP-Szenario verursacht – auch ohne Strukturbrüche und Versorgungsunterbrechungen – gegenüber dem EU-ETS-Szenario Zusatzkosten.

- Ein staatlich beschleunigter Kohleausstieg reduziert unmittelbar den Bruttoproduktionswert der Braunkohlewirtschaft und mittelbar den der Vorleistungsbranchen. Insgesamt bedeutet das über den Zeitraum von 2020 bis 2040 einen kumulierten Rückgang von knapp **98 Milliarden Euro** Bruttoproduktionswert.
- Unter Berücksichtigung der Vorleistungsverflechtungen liegt der Verlust bei der Bruttowertschöpfung im selben Zeitraum bei insgesamt über **41 Milliarden Euro**.
- Kosten etwaiger Strukturbrüche in den Braunkohlerevieren sind genauso wenig berücksichtigt wie die Kosten, die durch veränderte Laufzeiten und anzupassende Genehmigungen entstehen würden.

Gefährdung von 72.000 Arbeitsplätzen: Die Braunkohlewirtschaft hat aufgrund ihrer Vorleistungsintensität eine hohe Bedeutung für den Wirtschaftskreislauf und die Arbeitsplätze, vor allem in den Braunkohleregionen. Unmittelbar in der Braunkohlewirtschaft sind bundesweit fast 21.000 Personen beschäftigt. Berücksichtigt man zusätzlich die Arbeitsplätze in den Vorleistungsbranchen und die durch die Konsumausgaben der Beschäftigten induzierten Effekte, resultieren hieraus über 62.000 Beschäftigungsverhältnisse, die direkt und indirekt an der Braunkohlewirtschaft hängen. Diese Zahl erhöht sich auf 72.000 Beschäftigte, wenn die Investitionen, die die Braunkohlewirtschaft tätigt, miteinbezogen werden. Schon bei dem in der Studie angenommenen Minderungspfad läge die Zahl der Beschäftigten allein in der Braunkohlewirtschaft im Szenario Klimaschutzplan um fast 39.000 niedriger als ohne Sektorziel 2030. So führt das nationale 2030-Sektorziel für die Energiewirtschaft bereits **bis 2025 zu einer knappen Halbierung der Arbeitsplätze; bis 2030 wären mehr als 2/3 der Arbeitsplätze verloren**.

Erfolgreicher Strukturwandel in den Braunkohlerevieren durch 2030-Sektorziel erheblich gefährdet: Das 2030-Sektorziel für die Energiewirtschaft führt zu einem erheblich schnelleren Rückgang der Braunkohleverstromung und einem deutlich vorgezogenen Arbeitsplatzabbau – nicht nur in der Braunkohlewirtschaft, sondern auch in den Vorleistungsbranchen. Die Analyse der Strukturwandelvoraussetzungen in den einzelnen Revieren zeigt, dass kurzfristig keine Strukturen bestehen, die einen durch das Sektorziel-2030 verursachten abrupten Strukturwandel auffangen können. Die bestehenden Strukturen werden weder in Hinblick auf die Beschäftigung noch auf die Wertschöpfung innerhalb der nächsten 10 Jahre einen Beitrag

leisten können, der die heutigen Beiträge der Braunkohlewirtschaft ersetzen kann. Dies bestätigen auch die Experteninterviews, die mit Unternehmen sowie Akteuren der regionalen Wirtschaftspolitik und Regionalplanung in den Revieren geführt wurden. Insbesondere im Mitteldeutschen Revier und mehr noch in der Lausitz haben die Braunkohlewirtschaft und damit mittelbar verbundene Branchen hohe Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteile in der Region, ohne dass es nennenswerte Alternativen gibt. Selbst dort, wo andere Branchen Fachkräftebedarfe anmelden, sind in der Regel andere Qualifikationen gefragt. In Nordrhein-Westfalen ist zudem der Strukturwandel infolge des Ausstiegs aus dem Steinkohlebergbau noch nicht vollzogen. Hinzu kommt dort, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier selbst wesentlich dadurch verschärft zu werden droht, dass die in der Nachbarschaft angesiedelte energieintensive Industrie durch in der Folge des Kohleausstiegs steigende Strompreise selbst in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt ist.

Ein beschleunigter Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – einem wettbewerbsfähigen Industriezweig – wirkt als zusätzliche Belastung eines ohnehin herausfordernden Entwicklungsprozesses in den Revieren. Strukturwandel braucht Zeit; das zeigen Erfahrungen aus vergleichbaren Prozessen. Blaupausen für einen Strukturwandel, in dem die durch das KSP-Szenario bewirkten zusätzlichen Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzverluste bis 2030 erfolgreich kompensiert werden könnten, liegen nicht vor. Damit drohen bei einem durch das 2030-Ziel beschleunigten Kohleausstieg Strukturbrüche mit unabsehbaren Konsequenzen für die betroffenen Regionen und die dort arbeitenden und lebenden Menschen.